

GLOBAL SOCIAL WORK 2008

34th Biannual Congress of the International Association of Social Work (IASSW)
20-24 July 2008, Durban, Kwazulu-Natal, South Africa

THEME: TRANSCENDING GLOBAL-LOCAL DIVIDES – CHALLENGES FOR SOCIAL WORK EDUCATION AND PRACTICE

Silvia Staub-Bernasconi

Im Flug von Zürich nach Johannesburg sitzen, wenn ich dies aufgrund von Kleidung, Gepäck und Habitus richtig einschätze, viele Safari- bzw. ÖkotouristInnen. Es ist Ferienzeit. Es ist aber gleichzeitig der 18. August 2008, Nelson Mandelas 90. Geburtstag. Im Lokalflugzeug von Johannesburg nach Durban werden wir auf höchst ungewöhnliche Weise begrüßt: „We are proud of South Africa“! Man stelle sich dasselbe in Deutschland oder der Schweiz vor. Aber unschwer lässt sich folgern „We are proud of Nelson Mandela“, denn wo man auch hinschaut - im Flughafen, in den Buchhandlungen, Läden, Restaurants und auf die Lichtreklamen: Alle gratulieren ihm auf ihre Weise. Auf den Bildern in den Tageszeitungen wirkt er gebrechlich, muss gestützt werden. Aber von seinem strahlenden Gesicht geht etwas aus, dem man sich nicht entziehen kann. Und ob man will oder nicht, stellt man sich die bange Frage: „Was kommt nach Mandela“?

Etwas von einer neuen Entwicklung zeichnet sich bereits ab: Die Hauptorganisatorin des Kongresses, Vishanthie Sewpaul (Kwazulu-Natal Universität, Department of Social Development) zusammen mit RepräsentantInnen aus den Universitäten, Professionsverbänden, dem *African Council for Social Service Professions*, sahen sich veranlasst, allen KongressteilnehmerInnen vor Kongressbeginn, am 24. Juli eine Deklaration zur „Humanitarian crisis through xenophobic attacks in South Afrika“ zukommen zu lassen. Vermutlich hatten bereits etliche TeilnehmerInnen abgesagt. In den Kongressunterlagen empfahl man eine besondere Versicherung und gab Sicherheitsanweisungen, versicherte aber gleichzeitig, dass nichts zu befürchten, alles unter Kontrolle sei.

Deklaration zur „Humanitarian Crisis through Xenophobic Attacks in South Africa“

In dieser Erklärung wird vor allem das Entsetzen über die schändlichen, fremdenfeindlichen Attacken artikuliert. Man gewinnt den Eindruck, dass ein Traum am zerbrechen ist, der Traum einer versöhnten Regenbogennation, die alle Menschen einschliesst, die auf südafrikanischen Boden leben, seien sie Inländer oder Zugewanderte. Es folgen Hinweise auf die komplexen sozialen, ökonomischen Ursachen von Fremdenfeindlichkeit und zugleich der Aufruf an alle Gemeinwesen, die Botschaft der „Nulltoleranz für Gewalt“ weiterzugeben. Gleichzeitig wird dem *National Department of Social Development* sowie dem *Department of Home Affairs* die Zusammenarbeit mit den oben angegebenen Verbänden im Hinblick auf direkte Krisenintervention, aber auch im Hinblick auf die Auseinandersetzung über Ausschluss und Unterdrückung angeboten. Der Aufruf schliesst mit einem Appell an die Ideale der südafrikanischen Demokratie und den Aufruf an alle Sozialarbeitenden, sich dieser humanitären Krise zu stellen. Bemerkenswert an dieser „Erklärung“ ist, dass, im Unterschied zu mir bekanten Erklärungen, der kritischen Situationsbeurteilung ein *Angebot an die Regierung zur Kooperation* mit den grossen professionellen Verbänden erfolgt.

350 Jahre Ausbeutungs- und Unterdrückungsgeschichte

In den Worten eines afrikanischen Wissenschafters der University of Natal in Pietermaritzburg, Sampie Terreblanche, der die Geschichte der Ausbeutung der Indigenen seit Beginn der Kolonisierung 1652 bis zur demokratischen Staatsgründung von 1994 bzw. 2002 auf sachkundige, eindruckliche Weise nachgezeichnet hat (*A History of Inequality in South Africa 1652-2002*, , University of Natal Press, 2002), wird diese Krise wie folgt charakterisiert: Südafrika hat wohl dank Nelson Mandela den Übergang zur Demokratie auf eine einmalige, unblutige Weise geschafft. Aber eine parallele sozioökonomische Transformation, welche die Ungleichheiten, die im Kolonialismus, der Segregation und Apartheid entstanden sind, hat nicht stattgefunden. Eine wichtige Ursache dafür ist die kritiklose Annahme einer konservativen Version des freien Marktes und des global orientierten Kapitalismus – kurz der WTO-Vorgaben - durch die neue ANC-Regierung. Gemäss Terreblanche lebt fast die Hälfte der Südafrikaner – fast durchgehend Schwarze – in äusserster Armut (abject poverty) und zwar hat sich ihre Situation seit 1994 sogar verschlechtert. Die ANC-Regierung hat ihre Umverteilungsziele aufgegeben und wurde in eine Situation hineinmanövriert, in welcher die Weissen nach wie vor die Wirtschaft in ihren Händen haben und die Entscheide über die Wirtschaftspolitik dominieren (vgl. hierzu den Kongressbeitrag von Chellen über Ökotourismus weiter unten). Der Autor sagt einen zweiten Kampf der Bevölkerung für mehr Gerechtigkeit voraus (vgl. den Kongressbeitrag eines Bewegungsführers der Albahlali-Bewegung weiter unten).

Ausgewählte Kongressbeiträge: Transcending Global-Local Divides - Challenges for Social Work Education and Practice

1500 TeilnehmerInnen aus über 80 Nationen (Frankreich war gar nicht vertreten, Deutschland mit etwa vier, die Schweiz mit drei TeilnehmerInnen!) trafen sich zur grossen Eröffnungsveranstaltung im International Convention Centre von Durban. Eine Fotogalerie zeigt, dass Persönlichkeiten wie Nelson Mandela, Yasir Arafat, Fidel Castro, die englische Queen, Prinz Charles, Desmond Tutu Redner in diesem Zentrum waren. Aus 600 Referaten innert vier Tagen eine Auswahl zu treffen, war schon schwierig genug. Diese Schwierigkeit wiederholt sich bei der Auswahl des Berichteten. Ich folge hier vor allem der Menschenrechtsthematik, was sich in Südafrika geradezu aufdrängt.

Die Eröffnungsrede

Die Eröffnungsrede wurde von einem 10jährigen Ingenieurstudenten an der Purdue University, Indiana/USA, zum Thema Umwelt und globale ökonomische Gerechtigkeit gehalten. Im Programm heisst es „Out of the mouth of a Babe“ hören wir eloquente Worte wie „Unterdrückung von Klasse, Gender und Rasse“ und „Profit als den Menschen übergeordnete, neoliberale Agenda“. Offiziell gab es warmen Applaus, inoffiziell war man zwiespältig und auch ein wenig enttäuscht: ein privat unterrichtetes und gefördertes Wunderkind - das übrigens mit den Eltern und zwei älteren Brüdern angereist war – reihte „Weisheiten“ zur Weltlage aneinander, die, wenn sie ein Erwachsener oder gar ein/eine FachkollegIn eingebracht hätte, wohl erbarmungslos als Clichés bezeichnet worden wären.

Eileen Younghusband Lecture: „Recasting Social Work: Human Rights and Political Activism“.

Dame Eileen Louise Younghusband (1902 - 1981) war international bekannt für ihre Forschung und Lehre in Sozialer Arbeit. Sie studierte von 1926 bis 1929 an der London School of Economics und war Mitglied des Lehrkörpers von 1944 bis 1958. In ihrem Carnegie Bericht von 1947 und 1950 plädierte sie für eine allen Sozialprofessionellen gemeinsame Wissensbasis. 1954 setzte sie dieses Vorhaben um, das sich zum Prototyp des Studiums in Sozialer Arbeit entwickelte und von anderen Universitäten übernommen wurde.

Diese traditionelle Vorlesung zu ihrem Gedenken hielt dieses Jahr Professorin Linda Briskman von der Curtin University in Perth, Australien. Sie bezeichnet sich als „academic activist“, die aufgrund ihrer Erfahrungen immer vehementer dafür plädiert, dass SozialarbeiterInnen, ausgehend von ihrer Alltagspraxis immer auch die nationalen und internationalen Aspekte ihrer Arbeit bearbeiten. Ihr eigenes Engagement betrifft die Rechte von Aborigines sowie von AsylbewerberInnen. Alle Asylbewerber, die keine Papiere hatten, wurden von der Howard-Regierung für unbegrenzte Zeit in „immigration detention centres“ ohne Zugang zu rechtlichen Verfahren eingewiesen. Die bankrupte Offshore-Nation Nauru wurde von der Regierung dafür bestochen, die dreckige Arbeit für Australien auszuführen – bekanntlich ein bewährtes Mittel, um einer Regierung die „unglaubliche“ Behauptung zu ermöglichen, sie verletze keine Menschenrechte (vgl. Guantanamo und die USA). Da sich die Regierung weigerte, über das, was in den Lagern passierte zu berichten, gaben sich die DirektorInnen und DozentInnen von 20 universitären Schools of Social Work ein professionelles (self-appointed) Mandat: die Durchführung einer nationalen Untersuchung und daran anschliessende öffentliche Hearings. Die „People’s Inquiry into Immigration Detention“ enthielt Berichte über die Situation in den Zentren, über den behördlichen Umgang mit Beschwerden sowie Berichte über das meist traumatisierte Weiterleben nach einer erkämpften Aufnahme. Besonderes Thema waren die katastrophalen Folgen bei den in diesen Lagern aufwachsenden Kindern. Als dieses Inquiry-Vorhaben und die 10 öffentlichen Hearings darüber in den Medien bekannt wurden, waren Echo und aktive Unterstützung überwältigend. Es entstand quasi über Nacht eine Allianz von ehemaligen AsylbewerberInnen, ForscherInnen, PraktikerInnen und PraktikantInnen Sozialer Arbeit, JuristInnen, BeraterInnen, die sich als InterviewerInnen, OrganisatorInnen, ÖffentlichkeitsarbeiterInnen, Vortragende in Panels engagierten. Alle Aktivitäten erfolgten ausserhalb der offiziellen Arbeitszeit.

Der Bericht bildete in einer anschliessenden Phase die Grundlage für ein Tribunal gegen John Howard, bei welchem Linda Briskman im Namen der Fabian Society den Vorsitz (Supreme Bean) übernahm. Die Anklage lautete auf Verbrechen gegen die Menschheit, Belügen der australischen Öffentlichkeit über die Bedrohung Australiens durch illegale AsylbewerberInnen, Unterstützung eines illegitimen Aggressionskrieges (im Irak – Australien soll das drittgrösste Kontingent gestellt haben), u.a.m. Es wurde zunehmend klar, dass Howard aufgrund der von seiner Regierung verwalteten wie erlassenen Gesetze als Verbrecher verurteilt werden müsste. Bekanntlich wurde die neoliberale Howard-Regierung 2007 abgewählt und die Referentin ging davon aus, dass das Tribunal einen Beitrag zu diesem Sturz geleistet hat (die mir zugänglichen Zeitungen berichteten nicht über die von der Sozialen Arbeit initiierte soziale Bewegung, sondern erst über die dritte Phase der erfolgreichen Massenproteste!). Erst die neue Regierung unter Premierminister Rudd schaffte es vor wenigen Monaten, die seit Jahrzehnten erwartete Anerkennung und Entschuldigung für das enorme Leid, das den Aborigines zugefügt

wurde, auszusprechen. Allerdings macht sich Linda Briskman keine Illusionen: Anerkennung von Unrecht ist psychologisch von grösster Wichtigkeit, schafft aber noch keine Bildungs- und Arbeitsplätze zur Überwindung der Armut.

Linda Briskman betrachtet Soziale Arbeit, aber auch andere Professionen wie Ärzte, Juristen als Komplizen, Täter wie auch Opfer menschenfeindlicher staatlicher Politik und deren Gesetze. Antworten darauf sind heimliches Einverständnis, Schweigen oder Advocacy. Dabei weist sie den Universitäten, insbesondere den Schulen für Soziale Arbeit, die zumindest bis jetzt noch unabhängiger seien als Einrichtungen des Sozialwesens, die Aufgabe zu, zusammen mit den sozialen Professionen soziale Reformen zu fordern, welche die Regierungen herausfordern. Es brauche dazu allerdings Mut: Geistliche würden aufgefordert, ihre Botschaft ausschliesslich in der Kirche zu verkündigen, Gesundheitsprofessionen würden darauf verpflichtet, ausschliesslich individuelle ‚Care‘ anzubieten; sozial engagierte Juristen werden von ihrer eigenen Profession verschmäht. SozialarbeiterInnen können zum einen aufgrund ihrer sozialdiagnostischen – hier insbesondere ethnographisch, biographisch-narrativen – Praxiskompetenz eine klare Faktenlage schaffen. Zum ändern müssten sie aufgrund ihres professionellen Ethikmandates auf die Frage, was ansteht, mit „wir wissen und entsprechend müssen wir handeln“, antworten. Die grössten Feinde der freien Rede seien nicht Repressalien, sondern Selbstzensur.

I. Menschenrechte – Debatten um Universalismus versus Diversität und Pluralismus

„Questioning the Idea of Human Rights?“

R. Hugman, University of New South Wales, Sydney, Australia stellte in seinem Beitrag fest, dass in den letzten Jahren die Menschenrechte als eine Form der Hegemonie einer modernistischen europäischen Weltsicht in die Kritik, auch der Sozialen Arbeit geraten sei; entsprechend seien sie nur in ganz speziellen Kontexten anwendbar. Als Alternative bzw. Ersatz für die Menschenrechte empfiehlt er den „human capabilities approach“ von Sen und Nussbaum als eine Form von Universalismus und mithin als theoretische Grundlage für die Bestimmung eines Minimums, das für ein wahrhaft menschliches Leben notwendig sei. Gleichzeitig geht er davon aus, dass dieser „human capabilities“-Zugang kulturelle Diversität berücksichtigt und so zur Zielerreichung der Sozialen Arbeit beiträgt.

Nimmt man die Projekte zur Kenntnis, die unter dem Label „capability approach“ arbeiten, so ist damit meistens die Befähigung zur Übernahme der mit einer bestimmten Entwicklung sich bietenden Aufgaben gemeint. Auch wenn der Begriff von Sen, einem Ökonomen und Nobelpreisträger stammt, darf man sich die Frage erlauben, ob damit einmal mehr Menschen des globalen Südens auf eine einzige Dimension, nämlich ihre ökonomisch oder sozial verwertbaren Fähigkeiten – im Norden heisst es dann eben „Employability“ – reduziert werden. Menschen überall auf der Welt sind mehr – etwas viel komplexeres - als ihre Fähigkeiten. Fähigkeiten garantieren zudem keineswegs eine minimale Existenzsicherung bzw. existenzsichernde Erwerbsarbeit, wenn die dazu notwendigen Ressourcen fehlen. Inakzeptabel ist bei Hugman aber vor allem der Vorschlag, die Anrechtsfrage und deren Positivierung durch die Menschenrechte auf eine individuelle Kompetenz zurückzuführen.

„Against Difference and Diversity in Social Work“

Durch Stephen A. Webb, University of Newcastle, Australien, werden wir mit einer Abrechnung und Pauschalverurteilung der Politik von Differenz und Diversität, aber auch der Einführung von Menschenrechten in die Soziale Arbeit konfrontiert. Er betrachtet beides als schädliche (malign) Tendenzen, welche die Schwächen des Postmodernismus und anderer, gerade modischer Theorien aufzeigen. Die Fixierung auf das „(Menschen)Recht auf Differenz“ in der Sozialen Arbeit verlaufe parallel zum Neoliberalismus mit seiner Zelebrierung von Diversität und Individualismus. Hier eine Auswahl aus seiner Philippika:

- Diversität heisse letztlich: Werde wie ich, respektiere die Differenz als Voraussetzung, aber nur unter der Bedingung, dass das Unterschiedliche ‚parlamentarische Demokratie‘, ‚freie Marktökonomie‘, ‚Meinungsfreiheit‘, ‚Feminismus und Umwelt‘ heisse.
- Die Differenzvorstellung erinnere an das Staunen des Kolonisators, das von der Faszination des Touristen für die Buntheit der Welt - der Moral, Gebräuche und Überzeugungen – abgelöst wurde.
- So wie es keine Freiheit für die Feinde der Freiheit geben könne, so kann es keinen Respekt für diejenigen geben, deren Differenz darin bestehe, meine Unterschiedlichkeit nicht zu respektieren.
- Der Menschenrechtsdiskurs reduziert sich auf einen abgehobenen, absolutistischen Diskurs, der Machtunterschiede leugnet, Machtansprüche ideologisch verbrämt, Rechenschaftspflicht und Demokratie, soziale Analyse und lokale politische Initiativen untergräbt.
- Der Träger von Menschenrechten ist als Opfer und Bedürfniswesen auf seine tierische Natur – eine biologische Spezies, ein Zweifüssler ohne Federn - zurückgeworfen. Der einzige Imperativ der von den Menschenrechten ausgehe, sei, diese miserable Kreatur von Verletzungen fernzuhalten und das sei entschieden zu wenig.

Fazit: Die Kombination von universalistischen Menschenrechten (Kant, Habermas) mit den Ideen des Kommunitarismus und einer Identitätspolitik (Lacan, Levinas, Derrida) führe zur zügellosen Verfolgung von ego-zentrischen, partikularistischen Interessen, zum Verschwinden emanzipatorischer Politik, zu einer Vielfalt ethnischer Konflikte und zur Universalität ungezügelter Wettbewerbs. - Einige Kritikpunkte in Webbs mündlichem Kurzreferat konnte ich nachvollziehen. Die nachträgliche Lektüre des ganzen Beitrags lässt einen allerdings ratlos zurück: für keine einzige Kritik werden Belege gebracht, die Menschenrechte und ihre Wirkgeschichte werden auf eine Weise verkürzt dargestellt, die man schlicht als intellektuell unredlich bezeichnen muss; zudem gibt es kein „Menschenrecht auf Differenz“. Dass Differenz über Kolonisierungs-, kriegerische Eroberungsprozesse, kulturelle Institutionalisierung von Geschlechterungleichheit im Sinne eines repressiven Pluralismus entstand und entsteht, aber auch als „unbeherrschte, subjektiv definierte Pluralität“ möglich ist, kommt schon gar nicht ins Blickfeld.

„Human Rights, Cultural Relativism, and Eco-Systems Theory“

Ein Rejoinder zwischen Universalismus- und Differenz(kritik) präsentierte C.N. Corbett, University of Texas at Arlington/USA mit ihrem Beitrag zum Menschenhandel: Sie forderte, dass der Menschenhandel nicht nur unter objektivierenden juristischen Aspekten betrachtet werde, bei welchem oft die Perspektive der Opfer unberücksichtigt bleibe. Sie will die Menschenrechte als universelle Perspektive Sozialer Arbeit mit der lokal-kulturellen sowie mit der Systemtheorie (ECS – Ecological Systems Theory) verknüpfen. Daraus ergibt sich, dass Soziale Arbeit die Aufgabe hat, sowohl lokal als auch inter- oder transnational aktiv zu sein.

„Moral Dilemmas in Social Work“

Auch Birgit Rommelspacher, Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin, befasst sich mit dem Universalismus-Pluralismus-Thema und zwar anhand einschlägiger Beispiele: Warum muss die Frau vor der Gewalt ihres Mannes flüchten und alle Probleme auf sich nehmen, die mit einer einschneidenden Veränderung des Lebensmittelpunktes und der Alltagsgewohnheiten für sie und ihre Kinder einhergehen? Was ergibt sich für die Ziele der Sozialen Arbeit, wenn Frauen nicht emanzipiert, befreit werden, sondern bei ihren gewalttätigen Männern bleiben wollen? Wurde die Emanzipation der Frauen aus der Mittelschicht auf Kosten der Frauen der Unterschicht sowie der Zugewanderten, die ihnen durch Billigarbeit die Hausarbeit und Kinderbetreuung abnehmen, erreicht? Und wie soll man sich verhalten, wenn konservative, autoritäre religiöse Gemeinschaften in der Öffentlichkeit, z.B. mit der Errichtung eines Monumentes sichtbar werden wollen? Werden an religiöse Minderheiten andere Standards angelegt als an staatsnahe Kirchen, die aufgrund ihrer Ethik und kirchlichen Rechtsprechung auch Menschenrechtsverletzungen begehen? Die Grundsatzfrage, die sich bei all diesen Beispielen stellt, ist die, ob die universellen Maßstäbe „Freiheit“, „Gerechtigkeit“ ohne Abstriche gelten sollen oder ob und aufgrund welcher Zusatzkriterien man auf den speziellen Kontext Rücksicht nehmen soll?

Es ist schwierig, die Folgerung von Rommelspacher zu akzeptieren, nämlich, dass es dazu oft keine Lösung gibt, ausser dass man bereit ist, das Dilemma zuzugeben und auf das Zauberwort „Empowerment“ zu verzichten. Aber die Soziale Arbeit muss auch lernen, ihre hehren universellen Werte zu hinterfragen und ihre Grenzen zu akzeptieren.

II. Menschenrechte – der Kampf um ihre Einlösung

Getting students involved in world issues

Die Western Michigan State University hat eine lange Tradition des Engagements in internationalen Kampagnen und Projekten (z.B. Anti-Apartheid-Arbeit, Überzeugung der Universitätsleitung, dem inhaftierten Nelson Mandela einen Ehrendoktor zu verleihen; Unterstützung der Sozialarbeitenden in Nicaragua und El Salvador durch die längere Mitarbeit von Studierenden aus den USA; Kampagne für ein existenzsicherndes Einkommen; Kampagne gegen die Errichtung einer Deponie von gefährlichen Giftstoffen in einem armen Gemeinwesen; erfolgreiche Kampagnen, Lehrer aufgrund ihres Engagements für soziale Gerechtigkeit zu wählen usw.). Was sich daraus für Donald Cooney und Daniella Brown ergibt, ist folgendes: Es sollte zum Studium gehören, dass sich Studierende einer sozialen Bewegung anschließen oder Arbeit in einer NGO leisten. Viele haben allerdings Angst davor. Diese kann beispielsweise durch Filme über das, was in der Welt geschieht, die gemeinsam diskutiert werden, abgebaut werden. Begleitend entstand auch ein Action-Day, bei denen Social Policymaker eingeladen werden und Red und Antwort zu den aufgeworfenen Problemen und Forderungen stehen müssen.

Es ist zu hoffen, dass dieses Beispiel „Schule“ macht, was hiesse, dass sich die Internationalisierung des Studiums nicht nur auf einen institutionalisierten StudentInnen- und DozentInnenaustausch begrenzt.

Eine Bewegung zur Ratifizierung der Kinderkonvention in den USA

Bekanntlich hat die USA die Kinderkonvention bis heute nicht unterschrieben. Man sei geradezu paranoid in dieser Frage und befürchte, dass wenn man den Kindern Rechte gebe, sie nur noch das machen würden, was ihnen gefalle. Dahinter steht natürlich die nicht gänzlich von der Hand zu weisende Befürchtung, dass Eltern mit Vorstellungen über patriarchale Familienstrukturen etwas von ihrer Macht abgeben müssten. Von besonderer Bedeutung ist das Partizipations- bzw. Anhörungsrecht der Kinder, z.B. bei Fremdplazierungen (das auch in der Schweiz in einem Drittel der Fälle nicht eingelöst werde). So hat Sue Peterson im Staat Oregon eine Kampagne lanciert, um die Konvention wenigstens auf der Bundesstaatsebene zu ratifizieren. Eine erste Umfrage ergab, dass 61 % der Sozialarbeitenden nicht wussten, dass es eine solche Konvention gibt, sie aber nicht ratifiziert wurde; sie war auch kein Thema im Studienplan. Die Planung der Kampagne begann 2003 in einer „Social Action Class“ mit einer Dokumentation – d.h. systematischen Analyse und Zusammenstellung von Zeitungsberichten über die Verletzung von Kinderrechten. Es folgten die Einrichtung einer Website, vierteljährliche öffentliche Veranstaltungen, Lobbying bei den PolitikerInnen usw. Auf dieser Informationsbasis wurde dann zusammen mit den Studierenden eine Resolution zu Händen des City Council von Portland verfasst, welche dazu führte, dass Stadt und Bundesstaat bereit sind, die Konvention im Jahr 2009 zu ratifizieren.

Es ist ein weiteres Beispiel für fachlich begründete, politische Einflussnahme, das zeigt, dass soziale Reformen, wie Briskman in ihrem Referat fordert, von den Universitäten/Hochschulen angestoßen und begleitet werden können. Allerdings braucht es ein beharrliches Dranbleiben – hier über 6 Jahre.

Das (uneingelöste) Recht auf Entwicklung am Beispiel des „Ecotourism and the Wider Economic, Political, Social, and Cultural Structures of Society“

N. Chellan, University of Kwazulu-Natal, Durban: Nach dem Fall der Apartheid unterstützte die Regierung zahlreiche ökotouristische Projekte mit dem Ziel, arme, marginalisierte Gemeinwesen dank ökonomischer Entwicklung aus ihrer Armut und gesellschaftlichen Randständigkeit herauszuführen. Die Tourismusindustrie trägt zu einem grossen Teil zum Wachstum des lokalen wie nationalen Bruttosozialproduktes bei. Fallstudien über die zwei grössten Parks in Kwazulu-Natal, South Africa, das heisst dem St. Lucia Wetlands Park und dem Ukhahlama Drakensberg Park, ergaben, dass von ökologisch bewusstem Tourismus nicht die Rede sein kann. So werden Abfälle einfach irgendwo in der Erde verscharrt und von umherziehenden Tieren wieder ausgegraben und überallhin verstreut. Zudem würde viel zu viel wertvolles Wasser verbraucht und vor allem sei der Ökotourismus immer noch in der straffen Hand von Weissen, so dass der Entwicklungseffekt für die schwarzen Armen ausbleibe. Chellan geht davon aus, dass man diese ökonomische Apartheid nicht mehr einfach so hinnehmen werde und hofft auf eine neue soziale Bewegung (u.a. die Abahlali baseMjondo-Bewegung).

„Towards A Social Work of Resistance“ – die Abahlali baseMjondo-Bewegung

Es war eine Veranstaltung mit vielen, erwartungsvollen BesucherInnen. Allerdings: der Titel war falsch! Er erschien hinterher als Vereinnahmung einer sozialen Bewegung für die Soziale Arbeit, die explizit und programmatisch von der offiziellen Parteipolitik, den professionalisierten, als autoritär bezeichneten NGOs nichts (mehr) erwartet und deshalb ihre Teilnahme an Wahlen und politischen Ämterbesetzungen kategorisch ablehnt. Die *Abahlali baseMjondo-Bewegung* – übersetzt mit „für Menschen, die in Shacks leben“ - entstand bei einer Strassenblockade in Durban von 2005, nachdem die Regierung ein Shack (Armutssiedlungen) niedergebrannt hatte, um dort Wohnraum zu schaffen. Sie hat sich heute in vielen Gegenden Südafrikas – zur Zeit in 36 Shacks - ausgebreitet. Immerhin waren dank den erfolgreichen Bemühungen von Linda Smith, University of the Witwaterstand, Johannesburg, zwei Vertreter der Abahlali baseMjondolo-Bewegung bereit, mit uns zu reden. Assali erläuterte in einer Brandrede, dass und weshalb sie der ANC-Regierung nicht mehr trauen und noch weniger zutrauen, dass sie das Armuts- und Rassenproblem lösen werde. Politiker, Pfarrer, Universitäre, Professionelle usw. sprechen immer nur „über uns“ anstatt „mit uns“. Mittlerweile haben sie allerdings die Unterstützung verschiedener Kirchen und offenbar auch der Sozialen Arbeit gewonnen.. Im Rahmen von „Slum Clearance-Programmen“ werden die Shacks, die von der Regierung als Provisorium definiert werden, zerstört und die Obdachlosen ihrem Schicksal überlassen. In bestehende Shacks weigert sich die Regierung, Elektrizität, Wasser und sanitärische Anlagen einzurichten. Abahlali ist die grösste soziale Oppositionsbewegung, die ausserhalb des ANC nach dem Fall der Apartheid entstanden ist. Sie wird von der Regierung mit repressiven Mitteln verfolgt (Zwangsräumung, Niederbrennung von Shacks, Einschüchterungen, Morddrohungen, zahlreiche gewalttätige Attacken durch die Polizei, über 200 Verhaftungen in den letzten drei Jahren). Etliche Mitglieder haben ihre Arbeit verloren. JournalistInnen, die über Abahlali berichten, werden eingeschüchert, verhaftet, ihre Kameras gestohlen. Dank des Aufbaus eines professionellen Internet-Managements, erhält die Bewegung in internationalen Medien (New York Times, London Times, The Economist, Le Monde Diplomatique usw.) immer mehr Beachtung. Es ist der Regierung auch nicht gelungen, sie als von böswilligen Weissen, oder von einer ausländischen CIA

gesteuert zu diskreditieren. Keine der Verhaftungen hat bisher zu einer Verurteilung geführt, im Gegenteil: mit Hilfe von Amnesty International konnten die Polizeibehörden eingeklagt werden. Die Erfolge von Abahlali sind angesichts all dieser Repression beeindruckend: Es ist der Bewegung gelungen, Macht und Druck ausserhalb der etablierten Parteien aufzubauen sowie den Armen eine direkte Stimme in den Medien und vielen Meetings zu geben. Sie widerstanden auch den Versuchen von lokalen, nicht gewählten und oft bewaffneten Eliten, die für kleine Belohnungen ein Settlement an eine politische Partei „verkaufen“. Es gelang ihnen überdies, die oft sehr autoritären Gemeinwesenstrukturen der Settlements zu demokratisieren, ferner etliche Zwangsvertreibungen zu verhindern, das Recht auf den Bau von neuen Settlements in der Nähe der alten, aber auch den Anschluss an Wasser, Elektrizität usw. zu erzwingen. Aber das Ziel, gutes Land in der Stadt für qualitativ angemessene Unterkünfte zu erhalten, haben sie bis jetzt nicht erreicht. Aber Assali ist stolz, dass es dort, wo die Bewegung Fuss gefasst hat, bis jetzt keine Verfolgung von Zugewanderten gegeben hat. Und seitdem die Bewegungsmitglieder in Durban anfangs 2008 Verhandlungen mit der Regierung aufgenommen haben, hörten die repressiven Polizeiaktionen gegen sie auf. Im Zusammenhang mit der Olympischen Weltmeisterschaft von 2010 wird der Kampf um Wohnraum und angemessene Wohnbedingungen vermutlich eine neue Dimension erhalten: Shackbewohner wurden in diesem Zusammenhang als Schandmahl (blight) bezeichnet und City Hall versprach, die Slums bis 2010 zu beseitigen. Ratifiziert wurde dabei ein Gesetz, das die Landbesitzer zwingt, unter Androhung ihrer Verhaftung, die Menschen aus den Shacks zu vertreiben. Abahlali plant Massenproteste gegen dieses Gesetz und wird es auch gerichtlich einklagen.

Alassali schloss seine alle höchst beeindruckende Rede mit den Worten Barak Obamas: Yes, We Can! – und einmal mehr wurde uns klar, wie klein die Welt geworden ist und wie Ereignisse fernab vom Lokalen in diesem Fall grosse positive Bedeutung – hier für eine soziale Bewegung gewinnen, die um ein menschenwürdiges Leben, Wohnen und Arbeiten kämpft.

Als Sozialwissenschaftlerin müsste man es ja eigentlich wissen, nämlich: dass eine ursprüngliche Befreiungsbewegung, wenn sie an die Schalthebel der Macht kommt, nicht nur korrumpiert werden kann, sondern für ihren Machterhalt – und das ist das Bedauerliche – oft die gleichen Repressionsstrategien einsetzt wie ihre einstigen Unterdrücker. Zugleich zeigt sich einmal mehr, dass wenn soziale Probleme kollektiviert werden können, sich - zumindest solange Hoffnung auf eine Lösung besteht – Verzweiflung und Wut nicht gegen die noch benachteiligteren Zuwanderer richtet. Es ist zu hoffen, dass die Erinnerung an die erfolgreich eingesetzten Strategien der ersten Befreiungsphase noch so wach ist, dass sie den Verlauf der neuen Aktionen in hohem Masse mitbestimmt. In diesem Fall sind diese Hoffnungen nicht unberechtigt.

***“Social Work Global Coalition for Human Rights.” SWGCHR
– Ein Aufruf zur Gründung einer internationalen Organisation***

Muammer Cetingok, University of Tennessee, Memphis/USA, ist äusserst unzufrieden über das fehlende Engagement der Lehrenden in Sozialer Arbeit gegen Menschenrechtsverletzungen und in der Menschenrechtsbildung. Dabei verweist er auf die verschiedenen internationalen Dokumente der Profession, die alle Menschenrechte erwähnen, aber nichts anderes als die Kluft zwischen Papier, Lehre und Taten offenbaren. Dies gelte auch für die International Commission of Human Rights der beiden internationalen Verbände. Es war fast so etwas wie eine Publikumsbeschimpfung, vor allem ohne Würdigung der sehr vielen Präsentationen an dieser Konferenz, die das Menschenrechtsthema und die dazugehörige Praxis zum Inhalt hatten. Aber in Vielem muss man/ich ihm recht geben. Seine Ziele sind hoch gesteckt:

- Die Überprüfung der Wissensbasis, der Curricula zum Thema Menschenrechte und Soziale Arbeit
- Die kritische Reflektion der Geschichte der Sozialen Arbeit in Bezug auf ihr Engagement in Menschenrechtsfragen, ihre Erfolge und Misserfolge und die daraus hervorgehende Formulierung von Aufgaben in Lehre und Praxis, und schliesslich
- die Entwicklung eines globalen Aktionsplanes, zusammen mit den Sozialarbeitenden.

Cetingok zufolge braucht es eine spezielle Organisationsstruktur, um das Menschenrechtsanliegen in der Sozialen Arbeit sowohl in der Praxis als auch in der Lehre und Forschung voranzubringen. Er befürwortet ein Gleichgewicht zwischen politischen, sozialen und ökonomischen Rechten und hofft, eine internationale Lobby für Sozialrechte aufbauen zu können. Die vorgeschlagene Organisationsstruktur ist eine Koalition von Hochschulen für Soziale Arbeit als “primary members” mit verschiedensten assoziierten Organisationen u.a. des Sozialwesens, die sich in Menschenrechtsfragen engagieren. Er erhofft sich rege Präsenz in den Strassen von Genf als Sitz der UNO und anderswo. Sollte eine solche Allianz nicht gelingen, so solle die Profession aufhören, von Sozialer Arbeit als Menschenrechtsprofession zu reden. Den Grundstein für diese Organisation soll an der nächsten Konferenz in Hongkong im Jahr 2010 gelegt werden.

Die Ungeduld gefällt mir, aber etwas weniger ambitionöse Ziele wären mir lieber. Die Realität wird das ihre dazu beitragen und Wasser in den Wein giessen. Dennoch wünsche ich ihm mit seiner Initiative, die ich gerne

unterstütze, viel Erfolg. Für Vernetzungszwecke, hier seine Mailadresse: "Cetingok, Muammer"
<mcetingo@utk.edu>

III. Die neu gewählte Präsidentin von IASSW kommt aus Hongkong mit über 150 Universitäten "im Rücken"!

Die neu gewählte Präsidentin der IASSW ist Angelina Yuen Tsang, Professor and Head of the Department of Applied Social Sciences and Associate Vice-President of The Hong Kong Polytechnic University. Sie ist diejenige, die anlässlich der IASSW-Konferenz in Adelaide im Jahr 2004 einen Beitrag präsentierte, dem es nicht „schadet“, wenn er hier in gekürzter Form in Erinnerung gerufen wird:

„Soziale Arbeit gilt in China als zukunftssträchtiges, attraktives Studium, das Probleme der Makroökonomie und des Kollektivismus zu meistern habe. Das grosse Problem war und ist, dass fast alle DozentInnen kein Studium und keine Praxis in Sozialer Arbeit haben. Sie kommen aus allen Disziplinen, so u.a. Philosophie (Marxismus, Maoismus), Anthropologie, Soziologie, Psychologie und auch aus unterschiedlichen Funktionen, meist ordentliche ProfessorInnen, aber auch Universitätsrektoren u.a. Anstatt sich mit dieser Situation irgendwie zu arrangieren und in etwa das zu lehren, was man bisher gelehrt hat, entstand ein Netzwerk der Lehrenden an den neuen Fakultäten. Diese Menschen hätten ein hohes Commitment (a „strong sense of vocation“), sich für die Bedürftigen und Benachteiligten der heutigen chinesischen Gesellschaft einzusetzen, die einen atemraubenden Wandel durchmache. Man muss – neben der zunehmenden Verarmung auf dem Land - von 30 Millionen Arbeitslosen und 120 Millionen Wanderarbeitern ausgehen. Und in diesem seit 4 Jahren bestehenden Netzwerk wurde und wird für die Lehrenden an den Universitäten gemeinsam ein Studiengang in Sozialer Arbeit mit dem Ziel entwickelt, „scholarship in practice“ zu ermöglichen. Er dauert drei Jahre und wird an den Wochenenden und Feiertagen absolviert, um die normalen Verpflichtungen nicht zu stören. Er umfasst zum einen 800 Stunden „Theorien Sozialer Arbeit“, in welchen nach folgenden Prinzipien gearbeitet wird:

- Grundlage des Studiums sind die bestehenden Theorien Sozialer Arbeit. Dazu gehört die Frage, weshalb sie zu einer bestimmten Zeit populär waren und weshalb sie wieder abgelehnt oder vergessen wurden. Die zukünftigen Dozenten lernen aber auch Theorien zu kritisieren, was sie in ihrer früheren Laufbahn nie gemacht haben, machen durften. Im Moment sind sie auf diejenigen Theorien angewiesen, die im angelsächsischen Sprachraum entwickelt wurden. Es werde jedoch nicht lange dauern, bis sich eigene theoretische Traditionen entwickeln werden, die einerseits universelle wissenschaftliche wie inhaltliche Standards berücksichtigen, aber auch lokale Aspekte der Theoriebildung – vor allem im Hinblick auf Soziale Arbeit in ländlichen Kontexten - integrieren würden.
- Die aus DozentInnen zusammengesetzten „Teaching Groups“ verstehen sich als Experimentierort fürs Lehren und Lernen. Dabei besteht die Regel, dass der gewählte disziplinäre Bezugsrahmen immer explizit und damit transparent gemacht werden muss. Die Ablehnung einer Theorie muss empirisch erfolgen und zur Begründung eines alternativen Bezugsrahmens oder alternativer Hypothesen führen.
- Der methodische Zugang zur Praxis folgt über eine allgemeine Theorie rationalen Handelns (u.a. Donald Schoen's „action-cycle“).
- Jeder Dozent soll aber zugleich seinem eigenen Lernpfad folgen, sein individuelles Lerntempo herausfinden können. Um diesem Individualisierungsprozess das entsprechende Gewicht zu verleihen, muss über das Studium und seine praktische Verarbeitung ein Tagebuch geführt werden

Zu den 800 Stunden „Theorie“ kommen drei Praktika hinzu, wobei jedes Praktikum ein eigenes Projekt ist. Es besteht darin, in einem sozialen Brennpunkt eine Konzeption für den Aufbau des Sozialwesens zu entwickeln. Gewählt wurden als erstes die Städte Beijing, Shanghai, Yuman, Kunming und Wuham, Die erste Aufgabe besteht darin, die Bedingungen für eine „Lerngemeinschaft“ bzw. ein „lernendes Gemeinwesen“ (learning community) zu schaffen, das mit der Abklärung von Bedürfnissen und der Konzeption und Planung professioneller und organisationeller Antworten betraut werden kann. Die Mittel sind „distance learning“ übers Internet – eine wöchentliche Zusammenkunft inklusive Supervision. Nach drei Monaten übernimmt die Universität die Verantwortung für die Weiterführung der Projekte. Dabei handelt es sich meist um polyvalente Sozialzentren, die ihren Schwerpunkt im Bereich Armut, Kriminalität oder „capacity building in rural areas“ haben.

Auf die Frage, was denn die Motive der UniversitätsdozentInnen sind, die ja alle bereits eine Disziplin beherrschen, und diese weiter lehren könnten, anstatt diesen Lehrgang auf sich zu nehmen, lautete die Antwort: Lehren hat an chinesischen Universitäten ein sehr hohes Ansehen; man will deshalb ein guter Lehrer/eine gute Lehrerin in Sozialer Arbeit und nicht „in irgendetwas anderem“ sein. Zudem gebe es das bereits erwähnte hohe „commitment“ für die Verlierer der grossen ökonomischen Umwälzungen. Und schliesslich: Soziale Arbeit sei doch eine viel komplexere Disziplin als irgendeine Grundlagenwissenschaft wie Ökonomie, Soziologie oder Psychologie!

Mit China gehören zur Zeit 130 neu gegründete Universitätsausbildungen in Sozialer Arbeit zur internationalen IASSW-„scientific community“ der Sozialen Arbeit. Die nächste internationale Konferenz wird eine Joint Conference von IASSW, IFSW und ICSW (Intern. Council on Social Welfare) sein, die vom 10. bis 15. Juni 2010 in Hongkong stattfindet. (www.swsd2010.org)

IV. Persönliche Eindrücke aus Soweto und Johannesburg – auf den Spuren und Etappen des südafrikanischen Freiheitskampfes

Soweto besagt nichts anderes als „South Western Townships. Im Ortsteil Orlando lebten bzw. leb(t)en die beiden Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela und Desmond Tutu, ferner Winnie Mandela.

Die in Stein gravierte „Freedom Charter“ am Sisulu Square in Kliptown/Soweto

Seit der Gründung des ANC wurde die Idee eines Volkskongresses, der ein Dokument verfassen sollte, das die Forderungen aller Menschen widerspiegelt, immer wieder erwogen. Im Jahr 1955 zogen 50'000 Freiwillige in die Townships und stellten den Menschen in ihren Häusern, in den Strassen, den Fabriken sowie weiteren Arbeitsplätzen folgende Fragen: „Wenn du Gesetze machen könntest, was würdest du vorschlagen und tun? Was würdest du veranlassen, um aus Südafrika ein glückliches Land für alle, die darin leben, zu machen?“ Es kamen Antworten zu Tausenden, sowohl in ordentlichen Formularen als auch auf Papierfetzen. Sie wurden in einem Dokument - die „Freedom Charter“ - thematisch zusammengestellt. Die Charta beginnt mit der Forderung:

The People Shall Govern! Dann folgen folgende Titel, alle begleitet von sehr konkreten Forderungen: Alle nationalen Gruppen - gemeint waren Schwarze, Colored, Inder, ... und Weisse - sollen die gleichen Rechte haben! Das Volk soll am Reichtum des Landes teilhaben! Das Land soll an diejenigen verteilt werden, die es bearbeiten! Alle sollen vor dem Gesetz gleich sein! Alle sollen die gleichen Menschenrechte haben! Es soll für alle Arbeit und Sicherheit geben! Die Türen zum Lernen und zur Kultur sollen geöffnet werden! Es soll Häuser, Sicherheit und Komfort geben! Und schliesslich: There Shall be Peace and Friendship!

Das Treffen wurde von rund 3000 Delegierten besucht, die sich ihren Weg durch Polizeicordons bahnen mussten. Am zweiten Tag wurde es durch die Polizei gewaltsam aufgelöst; allerdings hatten die Delegierten bereits alle Artikel einstimmig ratifiziert. Nelson Mandela konnte zuerst einer Gefangennahme entgehen, weil er als Milchmann verkleidet war. Der Kongress wurde als Staatsverrat bezeichnet und 156 Aktivisten des ANC inkl. Mandela verhaftet. Die „Freedom Charter“ wurde 1996 zur Grundlage der neuen Südafrikanischen Verfassung.

An diesem Beispiel zeigt sich einmal mehr, dass Menschenrechte an Leidens-, Unrechtserfahrungen anknüpfen, diese in Worte, Hoffnungen und Ansprüche fassen, die je nach politischen Machtverhältnissen in Gesetzes-, ja Verfassungstexte eingehen oder auch abgelehnt werden können. Der ‚Congress of the People‘, der sie verfasste, war nicht nur ein politisches Ereignis, sondern ein grosser kultureller Meilenstein. Zum ersten Mal kamen Delegierte zu Tausenden aus allen verschiedenen Gruppen Südafrikas zusammen, vereint zu einer gemeinsamen Vision. ... In seiner Eröffnungsrede zum ‚Congress of the People‘ bemerkte Robert Resha, dass ‚2186 afrikanische Delegierte, 220 indische Delegierte, 230 farbige Delegierte und 112 europäische Delegierte‘ ... anwesend seien.“ (S. 230)

Das Hector Peterson Memorial in Soweto

Am 16. Juni 1976 erschütterten die ersten Schüler- und Studentenproteste gegen das rassistische Apartheidregime Soweto. Damit wurde Soweto zum Symbol des Kampfes gegen die Apartheid. An die Schülerproteste von 1976 erinnert seit 1992 das Hector Peterson Memorial in Soweto. Auslöser des Aufstandes waren die Pläne des Bildungsministers Andries Treurnicht, wonach Afrikaans, die Sprache der burischen Herrschaftsschicht, als allgemeine Unterrichtssprache eingeführt werden sollte. Die schwarzen Schülerinnen und Schüler sahen sich dadurch ihrer Chancen im Bildungssystem beraubt und formierten sich, unter Führung des Schülers Tsietsi Mashinini, am 16. Juni 1976 zu einem friedlichen Demonstrationszug in Soweto. Die Polizei schlug diesen Aufstand blutig nieder: Nach ihren Angaben starben bei den Auseinandersetzungen 575 Menschen, die schwarze Seite spricht von weit höheren Opferzahlen. Zahlreiche Kinder und Jugendliche wurden bei Razzien in Schulen inhaftiert. Durch Folter versuchte die Polizei, die Anführer des Aufstandes herauszufinden. Die Unruhen griffen auf andere Townships in Südafrika über und dauerten bis 1978 an. Das erste Opfer bei diesen Aufständen war der Schüler Hastings Ndlovu. Doch ist der Name des 12jährigen Hector Peterson bekannter und wird oft fälschlicherweise als erstes Opfer bezeichnet, weil sein Foto – das Bild eines toten Körpers, getragen von Mpuyisa Makubi, begleitet von seiner Schwester Antoinette, um die Welt ging. Er gilt als Symbol des Aufstands. Jedes Jahr wird hier am 16. Juni an diesen Aufstand und seine Opfer erinnert.

Das Apartheid Museum in Johannesburg

"Gegen das Vergessen" wurde in Südafrika Mitte der 90er Jahre ein höchst beeindruckendes Apartheid-Museum eröffnet. Es ist ein beklemmendes Haus, aber auch ein Ort der Hoffnung. Die Geschichte der Rassentrennung kann man gleich beim Betreten des Museums nachempfinden, denn es gibt zwei Eingänge, einen "nur für Weiße", einen "nur für Schwarze". Mit den unterschiedlichsten Exponaten, Fotos und Schrifttafeln wird zum einen der systematische Ausschluss der schwarzen Bevölkerung vom öffentlichen Leben und zum andern der Befreiungskampf gegen die Apartheid dokumentiert. Man realisiert in Filmausschnitten, was es heisst, wenn man einem rassistischen Terrorregime nichts anderes entgegenzusetzen hat, als den eigenen Körper, die Faust und die Hoffnung auf Befreiung. Inspiriert durch Gandhis „non-cooperation-strategy“ wurde mit den verschiedensten Mitteln von Massendemonstrationen versucht, das Land unregierbar zu machen.

Zu hören und zu sehen ist auch ein von Nelson Mandela 1961 im Untergrund geführtes Gespräch mit einem BBC-Reporter, der sich bis zu ihm vorgearbeitet hatte. Einer prägnanten Analyse der Situation folgte die Botschaft an das Regime, dass die Geduld des ANC wie der Menschen angesichts der mit unsäglicher Brualität durchgesetzten Apartheidgesetze an ihre Grenze gekommen sei. Es sollte sich innert absehbarer Frist darauf besinnen, mit den ANC-Führern zu verhandeln. - Mit Schrecken hört man ein paar Schritte weiter den Premierminister Hendrik Verwoerd seinen weissen Verbündeten versichern, dass die Apartheidgesetze nicht unchristlich seien, sondern im Gegenteil, den Willen Gottes repräsentieren würden und dass das Land nur glücklich werden und gut regierbar würde, wenn man die Rassentrennung durchführe. Offenbar wusste er, dass man Unterdrückern, Ausbeutern, Folterern und den Profiteuren der Apartheid ein gutes Gewissen verschaffen muss, um aufkommende Zweifel von vorneherein auszuschliessen (vgl. hierzu die Parallele zu Welzers Studie über die Täter im Nationalsozialismus von 2005). Es sei doch ganz offensichtlich, dass die Menschen verschieden seien, das könne jedermann sehen, und deshalb brauche es auch unterschiedliche Gesetze. Die Weissen würden nichts anderes wollen, als mit den verschiedenen Rassen in guter Nachbarschaft zu leben. - Wieder ein paar Schritte weiter wird in einem Raum vor einer grossen Leinwand, wenn auch aus grosser Distanz, nachvollziehbar, was Empowerment/Black Power im ursprünglichen Sinne ist, nämlich Menschen, die bereit sind, gemeinsam eine Forderung gegen die Machthaber unter Einsatz ihrer Stelle, ihrer körperlichen und psychischen Unversehrtheit, ihres Lebens auf der Strasse gemeinsam durchzusetzen. Auf beiden Seiten geht es um Macht, hier als illegitimer Machterhalt und dort als legitimer Machtaufbau, in diesem Fall mit friedlichen Mitteln.

Und schliesslich soll die bewegende Geschichte der "Truth and Reconciliation Commission", die eine große Rolle bei der Aufarbeitung der Vergehen des Regimes spielte, aufzeigen, dass es den Schwarzen gelungen ist, die Apartheid auf den „Müllhaufen der Geschichte“ zu werfen. Was die Zukunft für Südafrika bringt, ist offen und müsste wohl mit der Aussage „Long Way to Social Justice“ umschrieben werden.

Wieder zu Hause

Und dann kommt man nach Hause und das erste Plakat, das einem begegnet, ist beschriftet mit „Schönheit ist Freiheit – länger glatte Achseln (Achselhöhlen) mit NIVEA“. Da wird einem nachgerade übel. Sind es diese kaum mehr zu übertreffenden Geschmacks- und Wertentgleisungen, die der Westen denjenigen Menschen zu bieten hat, die nach wie vor auf Demokratie, Freiheit und die Einlösung von Sozialrechten hoffen? Aber auch die Soziale Arbeit täte gut daran, ihren oft bis zur Unkenntlichkeit verwässerten Empowermentbegriff entweder zu verabschieden oder sich mit dessen Ursprung und Realität ernsthaft auseinanderzusetzen. Und da kann sie von Südafrika ganz viel lernen.

Mehr über Südafrika – ein paar Literaturhinweise:

Achinger, Gertraud/Alber, Erdmute/Goldmann, Rokia et al. (2007): Afrika verstehen lernen – 12 Bausteine für Unterricht und Projekttag, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
Bearth, Thomas/Becker, Barbara/Kappel, Rolf et al. (Hg.): Afrika im Wandel, vdf Hochschulverlag, ETH Zürich
Gordon, Lewis R. (2008): An Introduction to Africana Philosophy, Cambridge University Press, New York/Cambridge
Gourevitch, Philip (1999): Wir möchten Ihnen mitteilen, dass wir morgen mit unseren Familien umgebracht werden – Berichte aus Ruanda, Berlin Verlag, Berlin
Joffe, Joel (2007): The State versus Nelson Mandela: A Trial that Changed South Africa, Oneworld Publications, Oxford, England (with a Foreword by Nelson Mandela)
Mandela, Nelson (1997/1994): Der lange Weg zur Freiheit, Fischer Taschenbuch, Frankfurt/M (Englische Ausgabe: Long Walk to Freedom, Little Brown & Co., New York/London, 1994)

Mandela, Winnie (1988): Ein Stück meiner Seele ging mit ihm, Rowohlt, Hamburg
Reklau, Christine/Lutz, Ronald (Hg.) (2007): Internationale Sozialarbeit. Sozialarbeit des Südens, Schwerpunkt Südafrika, Band 2, Paulo Freire Verlag, Oldenburg
Sarkin, Jeremy (Ed.) (2008): Human Rights in African Prisons, Ohio University Press, Athens, Ohio
Terreblanche, Sampie (2005/2002): A History of Inequality in South Africa 1652-2002, University of Natal Press, Pietermaritzburg, 3. Aufl.)

Zürich/Berlin, 3. Oktober 2008 / StB